

Antrag

**der Abgeordneten Prof. Dr. Götz Wiese, Dennis Thering, Dr. Anke Frieling,
Richard Seelmaecker, André Trepoll (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hafen- und Industriestandort Hamburg stärken, Infrastruktur ausbauen

Der Wirtschaftsstandort Hamburg steht vor großen Herausforderungen. Dies gilt auch für den Ausbau der Infrastruktur, nicht zuletzt mit Blick auf den Hamburger Hafen.

Der Stadtstaat Hamburg muss hier abgestimmt mit den Nachbarländern und dem Bund agieren. Zu einem großen Teil liegen Infrastrukturmaßnahmen im Verantwortungsbereich des Bundes, dies gilt insbesondere für Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen. Maßnahmen des Bundes müssen naturgemäß mit solchen der angrenzenden Bundesländer und Kommunen abgestimmt und verzahnt werden.

Neben dem Neubau der Köhlbrandquerung stehen mit dem Bau der Hafenpassage (A26-Ost) zwischen den Autobahnen A 7 und A 1 und der Fertigstellung beziehungsweise Aufrechterhaltung der Elbvertiefung zwei große Infrastrukturmaßnahmen, die für Hamburgs Hafen von überragender Bedeutung sind, in der politischen Diskussion. Dabei sind aus dem Senat und den senatstragenden Parteien unterschiedliche, einander widersprechende Signale zu hören.

Zwar hatten die senatstragenden Parteien im Koalitionsvertrag noch vereinbart:

- „Hamburg unterstützt den Bund beim Bau der BAB A26 (Hafenpassage) und trägt so zur Entlastung des Verkehrs im Hamburger Stadtgebiet bei.“
- „Wir setzen uns dafür ein, dass die Schifffahrtswege zum Hamburger Hafen leistungsstark erhalten werden. (...) Die Koalitionspartner werden ungeachtet unterschiedlicher Einschätzungen zur Elbvertiefung die beschlossene Fahrrinnenanpassung (...) umsetzen (...)“

Fraglich ist, ob diese Aussagen im Koalitionsvertrag weiterhin als Grundlage der Politik des Senats tragfähig sind. So hatte der Vorsitzende der GRÜNEN Bürgerschaftsfraktion Lorenzen im November 2022 öffentlich verlautbart: „Die Elbvertiefung ist eindeutig und endgültig gescheitert“. Umweltsenator Kerstan (GRÜNE) warf im Januar 2023 die Frage auf, ob die Planungen zur A26-Ost „noch zeitgemäß“ seien.

Mit solchen Aussagen aus den Reihen der Koalition wird die Position des Hamburger Senats geschwächt, die entsprechenden Infrastrukturprojekte zu unterstützen und umzusetzen. Die damit verbundene Unsicherheit beschädigt die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens und des mit diesem verbundenen Industriegebiets.

Angesichts dieser Unsicherheit bedarf es eines klaren Signals aus der Hamburgischen Bürgerschaft, dass das Parlament hinter dem Bau der A26-Ost sowie der Fertigstellung und Aufrechterhaltung der Elbvertiefung steht und dass der Senat aufgefordert wird, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. den Bund beim Bau der Bundesautobahn A26-Ost (Hafenpassage) weiter zu unterstützen und erforderliche Vorbereitungsmaßnahmen, soweit sie im Zuständigkeitsbereich der Freien und Hansestadt Hamburg liegen, zu treffen;
2. den Bund bei der Fertigstellung und Aufrechterhaltung der beschlossene Fahrinnenanpassung zur Elbvertiefung zu unterstützen und entsprechende Maßnahmen, soweit sie im Zuständigkeitsbereich der Freien und Hansestadt Hamburg liegen, zu treffen;
3. die in Ziffern 1. und 2. genannten Projekte und Maßnahmen dem in Vorbereitung befindlichen Hafenentwicklungsplan zugrunde zu legen;
4. der Bürgerschaft bis zum 1. Juni 2023 zu berichten.